

Er scheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 39 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Mochtplatz, 2120

Berlin, den 27. September 1918

Inhalt. Beitragsleistung. — Zur Lederbewirtschaftung der Portefeuillesindustrie. — Was will der Volksbund für Freiheit und Vaterland? — Gute Geschäfte der Lederverwarenindustrie auf der Leipziger Herbstmesse. — Unterrufe gegen die Arbeiterkontrollleure. — Ist eine Generalversammlung notwendig? — Feuerungszulagen für die Rüstungsarbeiter. — Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausrüstungsgewerbe zu Köln am 11. September 1918. — Die neuen Postgebühren. — Korrespondenzen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 29. Sept. bis 5. Okt. 1918 ist der 40. Wochenbeitrag fällig. Nur wer den Verbände gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Plicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Zur Lederbewirtschaftung der Portefeuillesindustrie.

Die Absicht des Reichswirtschaftsamts, eine Milderung der bisherigen Verteilung von freigegebenem für die Portefeuillesindustrie geeignetem Leder einzuführen, gab der Vereinigung Berliner Lederverwarenfabrikanten Veranlassung, die Reichsstellen zu ersuchen, es bei der Zwangsverwaltung zu belassen und Vorzüge zu treffen, wonach der Schleichhandel völlig unterbunden wird. Der Verband für die Lederverwaren- und Keiseartikelfabrikanten Offenbachs ersuchte, das freigegebene Leder dem freien Handel zu überlassen. Wir haben uns für die Zwangsverwaltung und für Maßnahmen ausgesprochen, wonach es jetzt und während der Übergangswirtschaft völlig unmöglich ist, große Mengen Portefeuillesleder zu Phantasiereisen im Schleichhandel zu ergattern. Gleichzeitig forderten wir eine Vertretung in der Lederverteilungsstelle. Dem letzteren ist nicht stattgegeben worden. Vielmehr wurde unter Beteiligung der Feinleiderhersteller, der Feinleiderhändler und der Lederverwarenfabrikantenvereinigungen eine unter Aufsicht der Kontrollstelle stehende Gesellschaft mit dem Sitz Berlin gegründet, welcher der Ankauf und die Weiterleitung alles freigegebenen Portefeuillesleders übertragen worden ist.

Nach den nunmehr geltenden Bedingungen der Kontrollstelle für die Abgabe von freigegebenem Portefeuillesleder muß der Verkäufer (bis zum Verkäufer einschließlich) seine Abnehmer durch Unterzeichnung des von der Kontrollstelle ausgegebenen Verpflichtungsscheins verpflichten. Nach § 2 dieser Bedingungen hat der Lederhersteller nicht mehr das Recht, von der Kontrollstelle freigegebenes Portefeuillesleder zu ihm geeignet erscheinenden Bedingungen und Preisen in den Handel zu bringen, sondern muß sämtliches freigegebene Portefeuillesleder zur Verfügung der Feinleidergesellschaft halten. Auf Verlangen der Feinleidergesellschaft ist der Empfänger des Freigabescheins verpflichtet, für Rechnung derselben das freigegebene Leder unmittelbar an die von ihr angegebene Adresse zu versenden. Die Feinleidergesellschaft liefert das ihr zur Verfügung gestellte Leder den Arbeitern nach einem von ihr aufzustellenden, von der Kontrollstelle zu genehmigenden Verteilungsplan. Dieser wird aufgestellt nach dem im Kalenderjahr 1918 im eigenen Betriebe der Lederverwarenfabrikanten oder durch ihre Seimarbeiter verarbeiteten Leder. Bei den nach dem 1. Januar 1918, jedoch vor dem 1. Juli 1916 gegründeten Lederverwarenfabriken, werden 33 1/2 Proz.

des Wertes des von ihnen in der Zeit vom 1. Juli 1915 bis 30. Juni 1916 bezogenen und im eigenen Betrieb oder durch ihre Seimarbeiter verarbeiteten Feinleders zugrunde gelegt. Die Verarbeiter sind verpflichtet, das von ihnen bezogene Leder im eigenen Betriebe oder durch ihre Seimarbeiter verarbeiten zu lassen oder der Feinleidergesellschaft zur anderweitigen Verwendung zur Verfügung zu stellen. Es ist verboten, Verkäufe freigegebenen Portefeuillesleders von Bedingungen abhängig zu machen, die dem Verkäufer einen besonderen Vorteil verschaffen sollen, insbesondere zu verlangen, daß Aufträge auf andere Waren erteilt oder frühere Lieferungsverträge ganz oder teilweise aufgehoben werden. Verstößt ein Lederhersteller gegen diese Bedingungen, so hat er zu gewärtigen, daß er vom Bezuge von Rohstoffen ausgeschlossen wird. Verstößt ein Käufer gegen diese Bedingungen, so wird er in der Folge vom Bezuge freigegebenen Portefeuillesleders ausgeschlossen. Die Kontrollstelle kann durch beauftragte Revisoren die Einhaltung dieser Bedingungen nachprüfen lassen. Den Revisoren ist Zutritt zu den Betrieben und Lagerstellen sowie Einsicht in die Bücher und anderen Unterlagen zu gewähren. Bei allen Verstößen gegen die Bedingungen hat die Kontrollstelle das Recht, von den Zuwiderhandelnden eine Vertragsstrafe bis zur Höhe des Verkaufswertes desjenigen Leders einzufordern, bezüglich dessen die Bedingungen verletzt sind.

Mit dieser Regelung ist sowohl der freie Handel ausgeschlossen als auch die von einer Seite verlangte Lederart nicht eingeführt. Jeder Fabrikant, auch die Zwischenmeister in Bergen, Enkheim, Neckenheim, die größtenteils ihr Leder von den Fabrikanten bezogen haben, denen sie fertige Waren lieferten, sollen von der Feinleidergesellschaft direkt beliefert werden.

Wir können es den wenigen Großfabrikanten Offenbachs, die bisher außerhalb der Nationierung erhebliche Mengen Portefeuillesleder kauften, nachfühlen, wenn sie mit dem jetzt geschaffenen Kompromiß nicht ganz einverstanden sind. Vom allgemein volkswirtschaftlichen Interesse ist es eine Notwendigkeit, von der wir erwarten, daß der Leder-Sleichhandel damit völlig unterbunden wird.

Was will der Volksbund für Freiheit und Vaterland?

In einem längeren Artikel in Nr. 37 des „Correspondenzblattes“ behandelt Franz Krüger das Thema: Die freien Gewerkschaften und der Volksbund für Freiheit und Vaterland, worin er empfiehlt, die von verschiedenen Stellen gegen die Generalkommission der Gewerkschaften erhobenen Angriffe wegen ihres Beitritts zu prüfen. Die Frage: Was will nun der Volksbund? beantwortet er:

Er tritt zunächst ein für die schnellste Herbeiführung eines Verständigungsfriedens, eines Friedens, der für alle Völker ehrenvoll ist. Er verlangt die allseitige Abstandsnahme von allen gewaltsamen Eroberungen und Kriegszuschuldungen. Er verlangt weitgehendes Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Wahl ihrer Staats- und Regierungsformen. Er verlangt Abstandsnahme von irgendwelchem Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und freien Verkehr zwischen allen Völkern. Er verlangt die Schaffung einer internationalen Rechtsorganisation der Völker zur Schlichtung aller Streitigkeiten und zur Vermeidung künftiger Kriege, und er verlangt Bestimmungen im Friedensvertrag über die schnellste

Durchführung einer allgemeinen Abrüstung. Auf innerpolitischem Gebiete fordert der Volksbund die schnellste Durchführung der notwendigen Reformen, um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Volksschichten zu verwirklichen, vor allen Dingen die Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts in Preußen ohne volksfeindliche Sicherungen, sowie rücksichtslosen Kampf gegen die Wahlrechtsfeinde. Er verlangt engste Fühlungnahme der Regierung mit der Volksvertretung und Einfluß der Volksvertretung auf die Zusammenziehung der Regierung. Er will weiter die weitestgehende Beteiligung aller Glieder des Volkes an der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde, Beseitigung aller Ständesvorrechte bei der Besetzung von Beamtenstellen, Schaffung eines fortschrittlichen Arbeiter- und Beamtenrechts, Ausbau der Sozialgesetzgebung und freies Koalitionsrecht. Ist in diesen Forderungen, zu denen noch eine ganze Reihe ähnlicher hinzukommen, auch nur eine einzige enthalten, die nicht jeder Gewerkschafter und jeder Sozialdemokrat, dem das Gehirn noch nicht vollständig von unabhängigen Revolutionsphrasen verflüstert ist, anerkennen kann und muß? Gewiß, es ist manches nicht enthalten, was die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften fordern. Deswegen aber behält der Volksbund doch seine ungeheure Bedeutung dadurch, daß er für dieses große Gebiet der Forderungen, die man als die zunächst wichtigsten bezeichnen kann, eine möglichst breite Kampffront aus allen Schichten der Bevölkerung und insbesondere durch Zusammenfassung aller Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenkreise schaffen will. Daß dieser Zusammenschluß gerade gegenwärtig dringend notwendig ist, bedarf keines weiteren Beweises, wenn man nur an die machtvolle Organisation denkt, die sich die Eroberungspolitik und die Feinde jeder freiheitlichen Ausgestaltung Deutschlands in der Vaterlandspartei, dem Bund der Kaisertruen, dem wiederauflebenden Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und in anderen Organisationen geschaffen haben, die mit riesigen Mitteln aus den Millionen der Schwerindustrie und agrarischen Kriegsgewinnler arbeiten. Es ist auch bekannt, wie die Unternehmer zum Kampf gegen die Gewerkschaften rufen. Es würde geradezu ein nicht gutzumachender Fehler der Generalkommission gewesen sein, wenn sie sich von diesem Zusammenschluß im Volksbund ferngehalten hätte, wenn sie nicht neben der Führung ihres selbständigen Kampfes auch diese Gelegenheit benutzte hätte, um den Kampf für Frieden und Freiheit energisch zu führen. Je mehr man den Kampf gegen die Generalkommission betrachtet, desto mehr kommt man zu der Überzeugung, daß es sich hierbei gar nicht darum handelt, einen „Verrat“ der Arbeiterinteressen durch die Generalkommission zu verhindern oder wieder gutzumachen, sondern daß dieser Kampf den Unabhängigen lediglich eine erwünschte Gelegenheit bietet, den verhassten Gewerkschaftsführern wieder eins auszuweisen. Ich bin fest davon überzeugt, daß, wenn die Generalkommission den Beitritt zum Volksbund abgelehnt hätte, man von derselben Seite ihr den Vorwurf gemacht haben würde: „Seht nur, wie diese Führer der Arbeiter diese Gelegenheit vorbeigehen lassen, um einen energischen Kampf für Frieden und freiheitliche Errungenschaften zu führen, weil sie schon vollständig in der Hand der Regierung sind und nicht mehr zu muksen wagen.“ Sogar die Bürgerlichen sind radikaler. Deshalb ist es notwendig, diesem sinnlosen Kampf entschieden entgegenzutreten und überall die Mitarbeiter der Gewerkschaften im Volksbund mit allen Kräften zu fördern.

Gute Geschäfte der Lederwaren-industrie auf der Leipziger Herbstmesse.

Die Leipziger Herbstmesse hat schon seit mehr als 20 Jahren eine außerordentliche Bedeutung für die deutsche Lederwarenindustrie, die noch durch den Krieg eher gesteigert als gemindert zu bezeichnen ist. Da von dem Verlauf der Herbstmesse der Beschäftigungsgrad unserer Kollegen zum guten Teil abhängt, haben wir regelmäßig darüber berichtet, auch über die gezeigten Neuheiten, so zuletzt in Nr. 36 unserer Zeitung vom 6. September. Nunmehr veröffentlicht „Luzus und Bedarf“ einige Antworten aus Fabrikantenkreisen über das geschäftliche Ergebnis, welche wir hiermit unseren Lesern zur Kenntnis bringen:

Wir können uns nur günstig über die Erfolge der diesjährigen Herbstmesse aussprechen. Trotzdem die Frühjahrsmesse über unsere Erwartungen verlaufen war, sind die Verkäufe der vorliegenden Messe noch weit darüber hinausgegangen. Wir haben sehr bedeutende Aufträge, namentlich für die skandinavischen Länder und Oesterreich. Der Verkauf mußte naturgemäß sich größtenteils aus Gegenständen zusammensetzen, die aus Erbsamaterialien hergestellt sind. Auch das deutsche Geschäft war sehr lebhaft, und wurden Reiseartikel, Damentaschen und Portemonnaies in größeren Mengen gekauft, die auch weiter für die nächste Saison verlangt werden dürften.

Da ich von der Frühjahrsmesse mit Aufträgen für das ganze Jahr bereits überreichlich versehen war, erübrigte sich für mich eigentlich der Besuch der Herbstmesse. Ich habe dieselbe lediglich aus nationalen Gründen und um mit meiner Kundschaft in Fühlung zu bleiben, mit einer kleinen Kollektion besucht. Um meinen Lieferungsvermögen nachkommen zu können, ist es mein eifrigstes Bestreben gewesen, auf der Herbstmesse so wenig wie irgend möglich zu verkaufen, und es ist mir auch geglückt, mit dem Verkauf meiner Waren die von mir in dieser Hinsicht angelegte Norm nicht zu überschreiten.

Der Verkehr auf der Herbstmesse war äußerst reger, und ließ sich feststellen, daß durch die rührige Tätigkeit des Meßamts viele neue Kunden erschienen waren. Nach Reiseartikeln aller Art, aus Erbsamaterialien hergestellt, fand eine große Nachfrage statt, und es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß die Abneigung gegen Erbsamaterialien aus Zellulose nicht so stark zu Tage getreten ist, als zur Ostermesse 1918. Das Publikum hat in diesem halben Jahr die Erfahrung gemacht, daß Artikel aus Leder oder Textilstoffen trotz Friedensschluß mit Ausland vorerst für die Fabrikation ausbleiben und selbst bei Friedensschluß für unsere Industrie nicht sogleich zur Verfügung stehen. Wenn auch die Umstände wie im Herbst 1917, welche als Reformmesse für Artikel aus Erbsamaterialien bezeichnet werden darf, diesmal nicht erzielt werden konnten, so war das Geschäft trotzdem sehr befriedigend. Die inländische und österreichische Kundschaft hat zahlreiche Nachbestellungen erteilt, während vom Ausland bedeutende Firmen aus der Türkei und Bulgarien Aufträge erteilt haben. Koffer, Handtaschen, Marktaschen und Aufsäcke aus Erbsamaterialien werden im kommenden Frühjahr aber noch viel größerer Kaufkraft ausüben, nachdem die Lager in Friedenswaren nunmehr als vollständig geräumt betrachtet werden dürfen.

Das Ergebnis der Herbstmesse war bei mir über 2½ mal so groß als im März 1917. Exportaufträge erhielt ich von Dänemark und Holland im Betrage von ca. 40 000 Mk. Das deutsche Geschäft war berart lebhaft, daß ich das Fünftfache hätte verkaufen können, wenn ich entsprechend Material gehabt hätte. Es wurden diesmal nicht nur Gegenstände aus Leder verkauft, sondern auch ziemlich viel Artikel aus Erbsamaterial, da die Kundschaft mehr und mehr eingesehen hat, daß das zur Verarbeitung freigegebene Leder im Verhältnis so minimal ist, daß die Verbraucher sich unbedingt mit Erbsamaterial befriedigen müssen. Der anfängliche Widerstand der Käufer gegen Erbsamaterial hat seit letzter Zeit bedeutend nachgelassen, um so mehr, da in der Zwischenzeit die Erbsamaterialindustrie sich gewaltig vervollkommen hat, sowohl was Schönheit, als auch was Haltbarkeit des Materials anbelangt. Es sind deshalb große Umsätze in Damentaschen aus Lederersatz getätigt worden, und wird aller Voraussicht nach das einziehende Herbstgeschäft noch starke Orders in diesen Artikeln bringen.

Die Erfolge der Herbstmesse waren sehr zufriedenstellend. Die erzielten Umsätze übertrafen diejenigen der bisherigen Kriegsmessen. Außer zahlreichen Kunden aus Deutschland hatten wir Käufer aus Oesterreich-Ungarn, Holland und Skandinavien.

Trotz der hohen Preise waren Artikel, aus Leder hergestellt, stark begehrt, die aus Erbsamaterialien angefertigten Gegenstände wurden aber auch gern gekauft, jedoch nur die wirklich guten Imitationen.

In den von mir ausgestellten Artikeln war auf der Leipziger Messe jedes Quantum zu verkaufen. Ich mußte jedoch rationieren, und ist daher das Mehr oder Weniger des Verkaufs ohne Interesse. Exportaufträge wurden nicht in dem Umfang wie bisher gegeben. Gegenstände aus Erbsamaterialien wurden gleichfalls in großen Quantitäten gekauft.

Unkenrufe gegen die Arbeiterkontrollure.

Die jetzt von der Arbeiterschaft mehr betonte Forderung, durch Personen aus ihren Kreisen bei der staatlichen Gewerbeaufsicht und den berufsgenossenschaftlichen Betriebsrevisionsmitwirkenden, hat die Gegner dieser Reform veranlaßt, mit ihren alten, stark abgemessenen Argumenten wieder vor die Öffentlichkeit zu treten. In einer Abhandlung unter dem Titel „Weibliche Hilfskräfte im Gewerbeaufsichtsdienst“ (in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Heft 6 dieses Jahrgangs) tritt uns hier der Gewerbeinspektor Morgner (Chemnitz) entgegen, wovon Einzelheiten nicht unbeachtet bleiben dürfen. Der Herr Gewerbeinspektor als Hochschullehrer ist ganz entschieden gegen eine Anstellung von weiblichen Hilfskräften. Hierzu wird u. a. ausgeführt: „Die Erfolge, die unsere Unfallverhütung in der verhältnismäßig kurzen Zeit des Bestehens unserer Arbeiterschutzgesetzgebung aufzuweisen vermag, sind ein weiterer, sehr beachtenswerter Beitrag für die Nichtigkeit der Behauptung, daß nur Maschinen- und Elektrotechniker und Chemiker eine sachgemäße und erfolgreiche Behandlung der Unfallfragen verbürgen. Zugleich sollten sie eine Warnung sein, von dem bisherigen über alle Maßen bewährten Weg abzuweichen. Zu den Fragen des Arbeiterinnenschutzes sei hervorzuheben, daß insbesondere die Maschinen mit vorwiegend weiblicher Bedienung, z. B. der Textilindustrie, des Buchdruckergewerbes, der Wäschereien, der Nahrungsmittelindustrie, der Papierherstellung und -verarbeitung usw., in Deutschland in ganz vorzüglicher Weise dem Arbeiterinnenschutz angepaßt sind. Dieser tadellose Stand ist das Ergebnis einer oft sehr langwierigen gemeinsamen Arbeit von technischen Betriebsbeamten, Maschinenkonstruktoren, intelligenten Arbeitern und Unfalltechnikern. Die in der Praxis noch nicht völlig gelösten Fragen des Arbeiterschutzes für Arbeiterinnen können nur auf Grund sachlicher Arbeit befriedigend gelöst werden. Nach Harer tritt dieses für den bautechnischen Arbeiterschutz zutage, der bereits vor Beginn der Bauten durch Prüfung der Baupläne auf Stand- und Verkehrssicherheit usw. gewahrt wird. Eine Ausnahme besteht in letzterer Hinsicht für den Bauarbeiterchutz während der Ausführung der Bauten, wobei neuerdings die Tragfähigkeit der Gerüste durch Prüfung oder statische Berechnung nachgewiesen werden muß, der ohne praktische und theoretisch erfahrene Bautechniker und für eine laienhafte Aufsichtsführung völlig unzugänglich ist. — Für die Gewerbeaufsicht ergiebt sich ein den Aufwendungen nur einigermaßen entsprechendes Ergebnis von weiblichen Hilfskräften noch viel weniger zu erwarten. Außerdem sollen diese Beamtinnen den Arbeiterinnen Gelegenheit zu einer mündlichen Aussprache über Angelegenheiten der Arbeitsverhältnisse bieten, mit denen letztere sich aus weiblichem Empfinden nicht an den männlichen Aufsichtsbeamten wenden würden. Jedes ist auch nach den Jahresberichten dieser Aufsichtsbeamtinnen in dieser Beziehung nur ein geringes Bedürfnis zutage getreten usw.“ Wie aus dieser Abhandlung zu ersehen, ist der Herr gegen eine Mitwirkung der Arbeiter und besonders sind nach seiner Meinung „von den weiblichen Hilfskräften keine großen Erwartungen zu hegen“.

Nach dieser Darstellung sehen wir in der besten aller Welten. Die ganze ungeheure gewerbliche Unfall- und Krankenbelastung infolge der Schutzunterlassungen und besonders durch eine ungenügende Betriebsaufsicht, erscheinen hier als unbekannte Dinge. Daher auch keine Spur der Erkenntnis zu einer dringenden Reform der Gewerbeaufsicht. Den „intelligenten Arbeiter“ als praktische Kraft bei der Schaffung von Schutzeinrichtungen und -vorschriften läßt sich der Herr wohl gefallen, bloß die Beaufsichtigung der Betriebe muß ein Reservatrecht der Hochschullehrer bleiben.

Vor allem hier die wahrzunehmende Geringschätzung gegenüber den praktisch-technischen Kenntnissen und die überaus hohe Meinung von dem theoretisch-technischen Wissen. Es ist der starre und doktrinaire Glaube, der selbst in den Kreisen der höheren Verwaltungsbehörden und der Techniker

nicht mehr geteilt wird. Eine Ueberspannung der theoretisch-technischen Anforderungen muß auch schließlich bei der Gewerbeaufsicht zu einem Mißerfolg führen. Das höhere technische Wissen muß mit der Praxis bei der Unfallverhütung und der Gewerbehygiene Hand in Hand arbeiten. Der Niederschlag dieser gemeinsamen Arbeit soll in den Unfallverhütungsvorschriften und in den behördlichen Schutzmaßnahmen seinen moralisch-ethischen Ausdruck erhalten. Wenn behördlicherseits bei außergewöhnlichen Bauten für die Standsicherheit der Gerüste eine statische Berechnung verlangt wird, so ist das begreiflich; für die Durchschnittbauten bestehen für jeden Bauleiter oder Polster Normalien, nach denen er erfahrungsmäßig an der Hand der Schutzvorschriften ein zuverlässiges Gerüst bauen kann; hier wirkt eben die Praxis mit. Noch beträchtlich einfacher geben sich diese Einrichtungen in der übergroßen Zahl anderer Gewerbebetriebe, wo doch für den Arbeiterschutz in erster Linie die Unfallverhütungs- und behördlichen Schutzvorschriften für die Arbeiter, Betriebsleiter und den Aufsichtsbeamten zum Inhalt zu nehmen sind. Von den Arbeitern wird immer ein gewisses Verständnis von diesen Vorschriften verlangt; das selbe wird man doch bei dem Gewerbeaufsichtsdienst, auch von den in den einzelnen Gewerben oder Berufen praktisch geschulten Arbeiterkontrolluren oder -kontrollurinnen (als Gewerbeaufsichtsassistenten) bestimmt erwarten dürfen. Mehr wird erstmal von diesen Kontrollorganen zur Durchführung dieser Bestimmungen nicht verlangt werden können. Im übrigen „wächst der Mensch“ durch Uebung und Erfahrung „mit der Größe seiner Aufgaben.“ (Schluß folgt.)

Ist eine Generalversammlung notwendig?

In meinen letzten Ausführungen habe ich die Ansicht ausgesprochen, daß jetzt während des Krieges keine Generalversammlung stattfinden soll, weil ja doch jetzt die Hauptfragen nicht behandelt werden können. Nun ist jetzt die Nr. 30 unserer Zeitung bei mir im Felde eingetroffen und da finde ich einen Bericht von den Berliner über ihre Ansicht betreffs Generalversammlung, und siehe da, die stärkste Filiale ist der Ansicht, daß jetzt die Hauptfragen, die angefaßt werden, nicht behandelt werden können, weil die Zukunft noch zu finster ist, aber die so oft nicht genannte Frage nennen die Berliner einmal beim Namen und wegen dieser soll nun ein Verbandstag notwendig sein. Ich muß aber hier bekennen, daß es doch dafür schon viel zu spät, nach meiner Ansicht für immer zu spät ist, um deswegen eine so teure Generalversammlung abzuhalten. Dazu wäre wohl 1915 die Zeit gewesen, hat man aber vier Jahre die Zipfelmütze nicht nur über die Ohren, sondern auch über die Augen gezogen und sich mit einer Politik abgefunden, die vor drei Jahren schon befehrt war und nicht besser wurde, trotzdem man sie drei Jahre gehen ließ.

Was man jetzt mit einer Generalversammlung erreichen will, das haben die Verhältnisse und das Schicksal schon begangen und um deswegen einen Verbandstag abzuhalten, ist höchst überflüssig. Wenn man von dem Zentralvorstand sonst nichts will, als ihm sagen, daß seine Politik verfehlt war und ist, das können wir ihm schreiben, und ich glaube, daß der Zentralvorstand durch das Schicksal selbst bald zu dieser Ansicht befehrt wird. Ich hätte ihm dieses schon vor drei Jahren gern gesagt, denn vor drei Jahren war auf den Lippen von Hunderttausenden die Frage: Weshalb, warum, wo bleibt und wo bleiben.

Wie oft wurde man nach seinem politischen Glaubensbekenntnis gefragt, aber man konnte keine Antwort geben, man war Soldat. Also noch einmal, die stärkste Filiale hält eine Generalversammlung wegen der Verbandsfragen für überflüssig und darum bleibt sie überflüssig und kann uns keinen Nutzen bringen. Joseph Hill, im Felde.

Wir Sattler und alle, welche für das Kriegshandwerk arbeiten, werden ungenügend nicht so sehr von den verschiedenen Begleitermeinungen des Krieges betroffen.

Gornt doch der Krieg für beständige Arbeit und das Tarifverhältnis für höhere Verdienstmöglichkeit. Dadurch ist uns die Last anscheinend erleichtert, denn wir konnten mit den stets steigenden Preisen für Lebens- und Genussmittel so ziemlich gleichen Schritt halten. Daher ist auch bei vielen Arbeitern und Arbeiterinnen das Bedürfnis zur Organisation ein engerer gebliebener Begriff. Doch das Ende kommt nach, wir werden nicht verschont bleiben von den Folgen des Krieges. Not und Entbehrungen waren ja immer die besten Agitatoren, und so nehmen wir von neuem den Kampf ums Leben auf. Wir müssen mit allen erlaubten Mitteln die anrückenden

Gebaren der Unternehmer abwehren. Dazu gehört aber eine tatkräftige Organisation.

Verstärkte Mitglieder, welche seit Jahrzehnten an dem Ausbau des Verbandes tätig waren, blieben seit langem nach Leipzig, um dort die seit München gemachten Erfahrungen und die notwendig gewordenen Fragen der Zukunft zu erörtern und zu prüfen.

Von den vielen Fragen wird eine Verschmelzung und die Einführung von Staffelleistungen einen ziemlich breiten Raum einnehmen.

Während des Krieges konnten wir beobachten, daß auch unser Handwerk immer mehr industrialisiert wird, somit sind auch wir genötigt, in einem größeren Verband aufzugehen. In unserer Fachpresse wurde ein alter Gedanke wachgerufen, nämlich die Verschmelzung mit den Tapezierern; andere möchten in einem Lederarbeiterverband verschmelzen sein. Da bemerken wir Anregungen über Beziehungen und Verührungsunkte.

Neue Probleme lassen sich ja nicht so leicht einführen und verwirklichen, doch dürfen wir der Eigenbröterei und den Sonderinteressen nicht zu viel Gehör schenken, wenn es gilt durch Zusammenschluß das gemeinsame Ziel zu erreichen und der Arbeiterschaft bessere Existenzbedingungen zu schaffen.

Für alle Arbeiter, welche durch körperliche oder geistige Kraft für den Unterhalt ihres Lebens zu sorgen haben, gibt es keinen anderen Verührungsunkt als die Organisation. Außerdem sind Produktion und Konsum für den Arbeiter sehr bekannte Dinge.

Während wir für unsere Produktion unterschiedlich entlohnt werden, gibt es beim Konsum keinen Unterschied für sämtliche Arbeiter, welche verurteilt sind im Meinen zu kaufen. Es wird nicht gefragt, was sind Sie, wo sind Sie her, auch wird nicht nach der Herkunft des Geldes gefragt. Daher dürften auch bei uns die angeführten Verührungen, ob mehr Holz, Leder oder Eisen verarbeitet wird, in Wegfall kommen. Wenn wir schon gern die an der Front weilenden Mitglieder bei den Beratungen unter uns sehen möchten, so müssen wir aber auch die Mitglieder hören, welche seit den Kriegsjahren gewonnen wurden und zurzeit in der Heimat verblieben sind und verbleiben werden. Die jetzige Mitgliedschaft stammt vorwiegend aus der Provinz und wird auch zum großen Teil wieder in die Provinz zurückkehren. Um dieselben der Organisation zu erhalten, müssen Staffelleistungen eingeführt werden, weil diese die in der Stadt üblichen Beiträge nicht leisten können und somit wieder für die Organisation verloren gehen. Um die Organisation zu vereinfachen, dürfte für das gesamte Verbandsleben ein gleichlautendes Statut, einheitliche Staffelleistungen nebst einheitlichen Unterstützungsjahren geschaffen werden. Erst wenn Ziele und Bestrebungen, Rechte und Verpflichtungen die gleichen sein werden, dann werden auch die Entfremdungen und die Grenzstreitigkeiten aufhören und das Bedürfnis zur Organisation wird herabgemindert.

Darum, Sattler und Tapezierer, geht alle auf in einen Lederarbeiterverband.

München. Hans Moralt.

Teuerungszulagen für die Nürnberger Portefeuilierarbeiter.

Die in den Nürnberger Portefeuilierbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben unter der herrschenden Teuerung aller Bedarfsartikel um so schwerer zu leiden, als die mit den Unternehmern vereinbarten Teuerungszulagen stets weiter hinter den notwendig gewordenen Ausgaben verblieben sind. Am 15. März d. J. wurde vereinbart, daß zu den tarifmäßigen Löhnen die Woche folgende Teuerungszulagen gezahlt werden sollen:

1. Ledige Arbeiterinnen über 16 Jahre 6,50 Mf.
2. Verheiratete und verwitwete Arbeiterinnen 10,— "
- (ab 1. April 1918 bis 1. April 1919) 10,50 "
3. Ledige Arbeiter bis zu 20 Mf. Wochenverdienst 8,50 "
4. Ledige Arbeiter über 20 bis 30 Mf. Wochenverdienst 10,— "
5. Ledige Arbeiter über 30 Mf. Wochenverdienst 9,— "
6. Verheiratete und verwitwete Arbeiter 15,50 "
- (ab 1. April 1918 bis 1. April 1919) 16,50 "
7. Jugendliche weibliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren 4,— "
- Seimarbeit 25 Proz. des Verdienstes.

Diese unzureichende Erhöhung gab der Nürnberger Kollegenschaft erneut Veranlassung, an die Unternehmer eine weitere, sofort in Kraft tretende Zulage zu fordern, und zwar zu Hof. 1 11,70 Mf., Hof. 2 18 bzw. 20 Mf., Hof. 3 15,30 Mf., Hof. 4 18 Mf., Hof. 5 16,20 Mf., Hof. 6 27,90 bzw. 31 Mf., Hof. 7 7,20 Mf. und Hof. 8 den Seimarbeitern anstatt 25 Proz. 40 Proz. Die Fabrikanten haben in mehreren gemeinschaftlichen

Sitzungen sich der Notwendigkeit einer höheren Teuerungszulage nicht verschließen können, erklärten aber, so weitgehende Zugeständnisse nicht machen zu können. Sie seien zu folgendem Entgegenkommen bereit:

Teuerungszulagen

für die in der Lederwaren-Industrie Nürnbergs beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

	pro Woche Markt			
	1. Sept.	1. Okt.	1. Nov.	1. Dez.
1. Ledige Arbeiterinnen ü. 16 Jahre	9,75	9,75	10,40	11,05
2. Verheiratete und verwitwete Arbeiterinnen	15,—	15,75	16,80	17,85
3. Ausgelernte bis zu 20 Mf. Wochenlohn	12,75	12,75	13,60	14,45
4. Ledige Arbeiter über 20 Mf. Wochenlohn	15,—	15,—	16,—	17,—
5. Verheiratete und verwitwete Arbeiter	23,25	24,75	26,40	28,05
6. Seimarbeit. unt. 16 Jahre	6,—	6,—	6,40	6,80
7. Seimarbeit	40%	40%	40%	40%

Am Montag, den 16. September, fand eine außerordentliche Branchenversammlung aller in der Lederwarenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Kollege Schramm gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen mit den Fabrikanten der Lederwarenindustrie Nürnbergs betr. der Erhöhung der Teuerungszulagen, an den sich eine lebhafte Diskussion anschloß. Von den meisten Kollegen wurde verlangt, nochmals zu versuchen, mit den Fabrikanten erneut Verhandlungen anzubahnen, indem die bewilligten Sätze gegenüber der kolossalen Teuerung, unter welcher die Kollegenschaft zu leiden hat, viel zu gering seien; auch die Anrufung des Kreisrates zur Vermittlung wurde angeregt.

Nach bereits zweistündiger Debatte, an der sich auch Gauleiter Weinländer vom Buchbinderverband auffärend beteiligte, wurde folgender Beschluß angenommen:

„Die heute am 16. September 1918 tagende Versammlung aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederwarenindustrie nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Angebot der Herren Arbeitgeber betr. Erhöhung der Teuerungszulagen.

Um den Burgfrieden zu wahren, nehmen die Versammelten das Angebot vorläufig an. Gleichzeitig behält sich die Arbeiterschaft vor, zu geeigneter Zeit neue Anträge auf zeitgemäße Erhöhungen der Teuerungszulagen zu stellen.“

Sitzung der Schlichtungskommission für das Lederausüstungsgewerbe in Köln am 11. September 1918.

Unter Vorsitz des Sattlermeisters Herrn Lorig wurden folgende Sachen verhandelt:

1. Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma R. Guilleaume führen Beschwerde, daß ihnen, nachdem sie früher den Faden von der Firma geliefert bekamen, ihn jetzt bezahlen müssen. Von der Firma wurde behauptet, daß die Arbeiter immer den Faden bezahlen mußten. Von dem Verbandsvertreter wurden schriftliche Zeugenaussagen vorgelegt, nach welchen die Firma den Faden vor dem Kriege den Arbeitern geliefert habe. Demgegenüber erklärt der Vertreter der Firma, der Faden sei den Arbeitern, die auf Privatarbeit beschäftigt gewesen, geliefert worden und es könne dabei wohl vorgekommen sein, daß auch irrtümlich den Militärsattlern solcher frei geliefert wurde; er könne Zeugen bringen und aus den Büchern nachweisen, daß es üblich gewesen, daß die Militärsattler den Faden bezahlen mußten, abgesehen von den Irrtümern, die auch den Anstoß zu der jetzigen Beschwerde gegeben haben.

Es wird vorgeschlagen, die Firma soll den Arbeitern den Faden liefern und dafür 3 Proz. vom Kriegszuschlag in Abzug bringen. Eine bindende Zusage kann der Vertreter der Firma nicht geben. Der Vorschlag soll schriftlich der Firma eingereicht werden und wird dem Verbandsvertreter eine entsprechende Mitteilung zugehen.

2. Gegen die Firma Standhart ist Klage erhoben wegen Nichtbezahlung der Teuerungszulage. Mit einem Arbeiter hatte sich die Firma vor der Verhandlung ausgesöhnt und scheidet dieser Fall aus. Von einem anderen Arbeiter legte die Firma ein Schriftstück vor, worin dieser durch Unterschrift erklärt, daß er auf die Teuerungszulage nur irrtümlich Anspruch erhoben habe und daher darauf verzichtet. Der dritte Arbeiter bleibt auf seinen Forderungen bestehen.

Die Firma erklärt, daß die letzten Arbeiter einen Anspruch auf Teuerungszulage nicht haben. Sie seien nach zweijähriger Leihzeit bei ihr eingetreten, könnten daher auch nicht als Gehilfen betrachtet werden.

Der Verbandsvertreter führte aus, ein Lehrverhältnis käme nach der Beschäftigungsweise nicht in Frage, sondern ein gerechtes Arbeitsverhältnis, das gehe schon aus den Lohnsätzen hervor. Auch seien die in Frage kommenden Arbeiter weder bei der Innung noch bei der Handwerkskammer als Lehrlinge angemeldet. Es sei daher auch die Teuerungszulage zu bezahlen. Falls der zweite Arbeiter auf Nachzahlung verzichtet, beantrage er, die Summe der Nationalstiftung zu überweisen.

Nach weiterer gegenseitiger Aussprache wird folgender Vergleich geschlossen: Die Firma bezahlt 300 Mf. Davon erhält der dritte Arbeiter 200 Mf., die verbleibenden 100 Mf. werden der Nationalstiftung überwiesen.

3. Gegen die Firma Hof. Gütz führen drei Arbeiterinnen Beschwerde wegen Nichtbezahlung des Reichstaxifs bei Arbeiten an Tornistern und Bezahlung der Teuerungszulage.

Gütz ist Zwischenmeister, arbeitet für die Firma Nolte u. Schröder in Köln-Kalf, die in ihrem Betriebe nur die notwendigsten Vorarbeiten herstellen läßt. Der Firma ist Mitteilung gemacht worden von den Zuständen bei Gütz, auch ist sie um Abhilfe erjucht worden. Statt hierauf einzugehen, hat sie Hof. auf telephonische Anfrage, wie dieser bei den Verhandlungen bemerke, gesagt, er solle vor der Schlichtungskommission nicht erscheinen.

H. hat die Tornister in Teilarbeit anfertigen lassen und hierbei für die Anfertigung eines vollständigen Tornisters 3,64 Mf. bezahlt. Er bestreitet dies nicht, er habe aber selbst soviel Vor- und Nebenarbeiten, daß dann der tarifliche Lohn gut dabei herauskommt. Zugleich bemerkte er, daß er selbst nicht den tariflichen Lohn dafür erhalte, daß er für seine gesamten Arbeiten und sonstigen Unkosten nur 60 Pf. am Tornister habe.

Bei den Verhandlungen zeigte sich Herr Gütz als außerordentlich redegewand. Er sei Kriegsbeschädigter und wegen seiner Krankheit, die er sich im Felde zugezogen habe, brauche er eigentlich nicht vor der Schlichtungskommission zu erscheinen. Nur aus Höflichkeit sei er gekommen. Er besitze große Welterfahrung, „sieben“ Erdteile habe er bereist und von England manches für unseren Beruf Nützliche mitgebracht. Besonders hob H. seine guten Verbindungen mit dem Polizeieinspektor und der Polizei im allgemeinen hervor und das Wohlwollen, das er von dieser Seite genieße. H. redete alles Mögliche und Unmögliche, nur auf die Anklage ging er nicht ein, so daß er vom Vorsitzenden mehrmals zur Sache gerufen werden mußte.

Von den Arbeitnehmerbeisitzern und dem Verbandsvertreter wurde Herr Gütz scharf angegriffen, leider ohne Erfolg. Herr Gütz ließ sich auf nichts ein, so daß die Sache in zweiter Instanz verhandelt wird.

Die neuen Postgebühren.

Bereits in Nr. 35 unserer Zeitung haben wir den ab 1. Oktober dieses Jahres geltenden Posttarif zum Abdruck gebracht. Da das Zahlen von Straßporto von Brief-, Drucksachen- und Paketempfängern immer übel empfunden wird, bringen wir hiermit die neuen, erheblich erhöhten Gebührensätze nochmals zum Abdruck. Es beträgt künftig das Porto für: Ortsbriefe bis 20 Gramm 10 Pf., über 20 Gramm bis 250 Gramm 15 Pf. (gegen bisher 7½ Pf.). Nichtfreigemacht kosten die Ortsbriefe 20 und 30 Pf. Postkarten im Orts- und Nachbarortsverkehr 7½ Pf., im sonstigen Verkehr 10 Pf. (gegen bisher 7½ Pf.). Nichtfreigemacht kosten die Postkarten 15 und 20 Pf. Drucksachen bis 50 Gramm 5, bis 100 Gramm 7½, bis 250 Gramm 15, bis 500 Gramm 25, bis 1 Kilo 35 Pf. (bisher 3, 5, 10, 20 und 30 Pf.). Für von der Reichsabgabe befreite Drucksachen, die

1. nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten, wenn die Zeitungen oder Zeitschriften vom Verleger an andere Zeitungsverleger oder an Personen verschickt werden, die sich nicht gewerbsmäßig mit dem Vertriebe dieser Zeitungen oder Zeitschriften befassen, oder

2. nur politische, Handels- oder andere Nachrichten allgemeiner Bedeutung enthalten, wenn diese Nachrichten von Nachrichtenbureaus an Zeitungen, Zeitschriften oder Zeitungsverleger verschickt werden, beträgt die Gebühr nach den oben angegebenen Gewichten 3, 5, 10, 20 und 30 Pf.

Von der Reichsabgabe befreite Drucksachen müssen mit der deutlichen Angabe des Absenders und, je nachdem es sich um Zeitungen und Zeitschriften oder Nachrichten handelt, mit der Bezeichnung „Zeitungen, Zeitschriften“ oder „Nachrichten“ versehen sein. Sie dürfen nur bei der postseitig bestimmten Postanstalt aufgeliefert werden. Bei Nachrichtenempendungen muß aus der Aufschrift hervorgehen, daß der Absender ein Nachrichtenbureau und der Empfänger eine Zeitung, Zeitschrift oder ein Zei-

tungsverteiler ist. Nichtfreigemachte Drucksachen werden nicht abgehandelt.

Geschäftspapiere: bis 250 Gramm 15, bis 500 Gramm 25, bis 1 Kilo 35 Pf. (früher 10, 20 und 30 Pf.). Warenproben: bis 100 Gramm 10, bis 250 Gramm 15, bis 500 Gramm 25 Pf. Postanweisungen: bis 5 Mk. 15, bis 100 Mk. 25, bis 200 Mk. 40, bis 400 Mk. 50, bis 600 Mk. 60, bis 800 Mk. 70 Pf. (bisher 10, 20, 30, 40, 50 und 60 Pf.).

Bei Briefen im Orts- und Nachbarortverkehr, bei Postkarten im Fernverkehr sowie bei Drucksachen (Blindenschriftsendungen), Geschäftspapieren, Warenproben über 100 Gramm und Mischsendungen, die nach den bisherigen Sätzen freigemacht sind, ist während der Monate Oktober und November 1918 nur der an dem Tage für freigemachte Sendungen fehlende Betrag, unter Umbrüderung etwaiger Druckspennige auf volle Pfennige aufwärts, nachzuheben. Bedeutend erhöht wird das Postporto. Pakete in der ersten Zone (75 Kilometer) kosten bis zum Gewicht von 5 Kilogramm 40 Pf. (früher 30 Pf.), für weitere Entfernungen 75 (früher 60) Pf. Bei einem Gewicht von über 5 Kilogramm kostet das sechste Kilogramm in der ersten Zone 20, für alle weiteren Entfernungen 30 Pf., sind die Pakete schwerer als 6 Kilogramm, dann wird je nach der Zone ein weiterer Zuschlag bis zu 50 Pf. je Kilogramm erhoben.

Wir eruchen unsere Kollegen dringend, auf die hier angeführten Portoänderungen zu achten, um unnötige Straßportis zu vermeiden.

Korrespondenzen.

Bremen. (E. 23. 9.) Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung am 7. September stand der Antrag über eine Teuerungszulage. Folgende Resolution wurde angenommen: Wegen ungeheurer Steigerung aller zum Lebensunterhalt notwendigen Artikel und einer Verschlechterung des neuen Reichstaxtarifs durch die prozentuale Zulage auf die Stücklöhne sehen wir uns veranlaßt, an unsere Arbeitgeber sowie an die Zentraltarifkommission heranzutreten, um diese zu veranlassen, uns eine Teuerungszulage von mindestens 20 Pf. pro Stunde ab 1. Oktober zu bewilligen, um uns das Durchhalten in dieser harten Zeit zu erleichtern.

Düsseldorf. (E. 18. 9. 18.) In der am 8. September abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde an Stelle des abgewiesenen Schriftführers, Kollege Schönknecht gewählt; ebenso einstimmig ein Kartellbelegierter und ein Revisor. Aus den Kreisen unserer Mitglieder war ein Antrag auf Erhöhung der Teuerungszulage eingegangen, der vom Kollegen Engler treffend begründet wurde. Nachdem noch verschiedene Kollegen, mit Einschluß des Gauleiters Kollege Schneider, sich für unbedingte Erhöhung ausgesprochen hatten, wurde eine Resolution angenommen, in der eine Erhöhung des Stundenlohns um 20 Pf. gefordert wurde, doch wird dem Zentralvorstand eine anderweitige Regelung in derselben Höhe überlassen.

Dann referierte Kollege Schneider über die Verhandlungen mit dem Elberfelder Schlichtungsausschuß gegen drei Düsseldorfser Firmen. Es wurde eine Firma zur Nachzahlung an die Kollegen verurteilt. Leider mußte Kollege Schneider feststellen, daß es ihm nicht möglich war, etwas Entscheidendes gegen zwei andere Firmen, die Instandsetzungsarbeiten erledigen, zu erreichen, da das von den Kolleginnen und Kollegen gelieferte Material nicht einwandfrei war, sodaß sich der Schlichtungsausschuß auf die Auszüge aus den Lohnlisten der beklagten Firma berief und Kollegen Schneider nur das Recht auf Einsicht der Lohnlisten zusprach. Kollege Schneider hatte gemeinsam mit unserem Vorsitzenden um so mehr Erfolg beim Instandsetzungsamt, wo die Kollegen vortrugen wegen allgemein gültiger Regelung der Löhne auf alle Instandsetzungsarbeiten; dort wurden ihm für sämtliche Arbeiten allgemein gültige Richtlinien zugesagt, sodaß den Kolleginnen und Kollegen ein fester Prozentsatz zusteht. Wenn alle Kolleginnen und Kollegen einwandfrei und wahrheitsgemäß die nötigen Lohnaufstellungen machen, steht zu erwarten, daß diese Frage in kurzem zu aller Zufriedenheit gelöst wird. Kollege Schneider forderte am Schluß seiner Ausführungen die Kolleginnen und Kollegen auf, geschlossen hinter den berufenen Vertreter zu stehen und nicht, wie vorgekommen, die eigenen Kollegen zu verraten; denn nur geschlossen bilden wir eine Macht und nur durch diese können wir bessere Lohnbedingungen erreichen.

Hamburg. (E. 17. 9.) In der am 13. September stattgefundenen Versammlung besprach der Vorsitzende die Lage der Militärfellenbranche, womit es in Hamburg zurzeit recht faul aussieht. Die meisten Firmen haben keine Aufträge oder arbeiten am Rest derselben. Einige Betriebe machen Instandsetzungsarbeiten, beschäftigen aber meistens nur Frauen und Mädchen. Von letzteren führten einige Beschwerde, daß ihnen die Teuerungszulage vorenthalten würde. Die Ortsverwaltung versprach,

die nötigen Schritte zu unternehmen. Ueber die Instandsetzungsarbeiten entspann sich eine längere Debatte, und ein Teil der Kollegen führte an, daß in der Zeit angemessener Verdienst für einen Sattler dabei nicht zu erzielen sei. Gleichzeitig wurde die täglich steigende Lebensmitteleruerung besprochen und die Versammelten brachten einstimmig zum Ausdruck, daß die gegenwärtig gezahlten Teuerungszulagen zu den notwenigsten Bedingungen des Lebens nicht mehr genügen. Es wurde darauf folgende Resolution eingereicht und einstimmig angenommen:

„Unsere am 12. September 1918 tagende Mitgliederversammlung ersucht die Zentraltarifkommission, zusammenzutreten und eine Erhöhung der Teuerungszulagen für Afford- und Zeitlohnarbeiter von mindestens 25 Proz. ab 1. Oktober zu beschließen, da ein Auskommen mit den gegenwärtig gezahlten Zuschlägen bei den ständig steigenden Preisen für alle zum Lebensunterhalt gehörenden Mittel unmöglich ist.“

Ulm a. D. (E. 21. 9.) Am 13. September 1918 hatten wir eine außerordentliche Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus „Hohentwiel“, die sich mit Ausschlußwahlen sowie mit der notwendigen Erhöhung der jetzigen Teuerungszulage zu beschäftigen hatte. Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Koll. Münniger, als 2. Vorsitzender Koll. Wörz, als Schriftführer Koll. Erzs. Der anwesende Gauleiter Koll. Jlg aus Stuttgart behandelte ausführlich die gegenwärtigen Teuerungszulagenverhältnisse, die eine Erhöhung der jetzigen Teuerungszulage unumgänglich notwendig machen, was auch in der Diskussion hinreichend zum Ausdruck gebracht wurde. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 13. September 1918 stattgefundenen Versammlung der auf Lederausrüstungsstücke beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Ulms und Neu-Ulms befaßte sich eingehend mit der heutigen Lebenshaltung. Es mußte festgestellt werden, daß die Preise für Lebensmittel sich immer mehr ins Unermeßliche steigern, desgleichen auch alle übrigen Bedarfsartikel, wie Leibwäsche, Kleider, Schuhe sowie Möbel und sonstige Haushaltungsgegenstände. Es ist der Arbeiterschaft ganz unmöglich, mit dem gegenwärtigen Arbeitsverdienste die notwendigen Lebensbedürfnisse zu befriedigen, infolgedessen die Gesundheit des einzelnen sowie der Familienangehörigen darunter leidet, was wiederum auf die Verdienstmöglichkeit sichtlich einwirkt.

Nedoch daß nicht nur die Lebenshaltung teuer und die Zuweisung der Nahrungsmittel unzureichend sind, sondern auch die kräftigen Nährstoffe, wie Butter, Eier, Mehl usw. nur auf Umwegen einigermaßen zu beschaffen sind, wobei aber mit doppelt und dreifachen Ausgaben zu rechnen ist. Die Versammlung hält eine durchgreifende Erhöhung aller Lohnsätze für dringend notwendig. Da sich aber diese Forderung im Hinblick auf den Reichstaxtarif zögernd durchführen ließe, so wird die Ortsverwaltung des Sattler- und Portefeullerverbandes Ulm-Neu-Ulm beauftragt, an die Herren Fabrikanten der Lederausrüstungsbranche Ulm-Neu-Ulm und Umgebungspreis das dringende Ersuchen zu richten auf Erhöhung der Teuerungszulage um mindestens 25 Proz. für alle im Afford und Zeitlohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Ein Ausgleich in diesem Verlangen würde selbstredend zwischen Lohnneinnahmen und den unerläßlichen Ausgaben nicht herbeigeführt. Die Versammelten hoffen, daß die Herren Fabrikanten sich dieser Lasten nicht verschließen werden und ihrerseits bereit sind, durch Entgegenkommen dazu beitragen zu wollen, daß ihnen die volle Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit ihrer Arbeiter erhalten bleibt.“

Nachdem noch vom Vorsitzenden auf die in nächster Woche vorzunehmende Lohnstatistik aufmerksam gemacht wurde mit dem Hinweis, dieselbe wahrheitsgetreu auszufüllen, fand die stark besuchte Versammlung nach Erledigung einiger lokalen Angelegenheiten ihr Ende.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Das Tarifamt für das Lederausrüstungsgewerbe hat dem Ersuchen unseres Verbandsvorstandes, eine Sitzung einzuberufen, welche sich mit der Erhöhung der Teuerungszulage befaßt, stattgegeben, und findet dieselbe am Dienstag, den 8. Oktober, statt. Der Vorstand hat an der Hand der von den Ortsverwaltungen an uns eingereichten Anträge in seiner Sitzung am 16. September beschlossen, folgenden Antrag an das Tarifamt einzureichen:

Die Teuerungszulagen auf Seite 6 des Reichstaxtarifs für das Lederausrüstungsgewerbe sind ab 1. Oktober 1918 zu erhöhen, und zwar

Ia von 30, 35 und 40 Pf. auf 60, 65 und 70 Pf.
Ib von 20, 23 und 26 Pf. auf 45, 48 und 51 Pf.
Ic von 13 Pf. auf 25 Pf.
Id von 17, 20 und 23 Pf. auf 37, 40 und 43 Pf.
Ie von 12 Pf. auf 22 Pf.

II. von 25, 30, 35 und 20 vom Hundert auf 50, 55, 60 und 50 vom Hundert.

Dadurch sind die Anträge der einzelnen Ortsverwaltungen als erledigt zu betrachten.

Uußerdem sind noch Anträge auf Regelung der Arbeitszeit gestellt.

Die gelbe Karte für die Arbeitslosenzählung ist am 28. September auszufüllen und sofort einzuschicken.

Der Vorstand. J. A.: P. Blum.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied Fürsttegott Dennert, Berlin, 22 Jahre alt.

Berlin. Am 18. September verstarb unser Mitglied, der Militärsattler Louis Gerntz, 72 Jahre alt.

Mürnberg. Im Alter von 32 Jahren verstarb unser langjähriges Mitglied Esther Stöckle. Ehre ihrem Andenken!

Ortsverwaltung Hannover.

Unserem Kollegen und Vorsitzenden
August Sohns
und seiner lieben Gattin
zu ihrer am 28. September 1918 stattfindenden
Silberhochzeit
die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen
der Filiale Hannover.

Zu kaufen gesucht:
1 Sattlermaschine
der Deutschen vereinigten Schuhmaschinen-Gesellschaft Nr. 6
für Fuß- oder Kraftbetrieb, neu oder gebraucht.
Offerten erbeten an Karl Schüller, Magdeburg-S.,
Halberstädterstraße 105.

Wir suchen
Sattler und Sattlerinnen.
Sie müssen auch auf Tornister eingearbeitet sein.
C. Leschen & Co.,
Fabrik f. Militär-Lederausrüstung, Cöln-Nippes,
Geldernstraße 46.

Jeder Sattler,
der durch Herausgehen der Nähnadel bei schwerer Arbeit
Nerger und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine
Probeahle kommen, welche alle Fehler beseitigt und
mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.
Zu beziehen durch
Karl Schiller, Stuttgart,
Luisenplatz 6.

Chair - Leder für Damenhut - Fabrikation
in allen Farben gesucht.
Albert Wolff, Berlin, Spittelmarkt 8/10.